

GESELLSCHAFT

Politisches Hauptthema waren Spannungen zwischen der Slowakei und Ungarn

Das vorherrschende politische Thema vergangener Wochen waren die Spannungen zwischen der Slowakei und Ungarn, die einerseits durch Sprüche des Vorsitzenden der Koalitionspartei SNS Ján Slota aber folglich auch durch Aktivitäten extremistischer Gruppen in beiden Ländern (tätlicher Angriff auf Studentin ungarischer Nationalität, nationalistische Parolen bei Sportveranstaltungen in der SR wie in Ungarn, Bemalen des slowakischen Botschaftsgebäudes in Budapest, Beschädigung zweisprachiger Ortstafeln auf gemischten Gebieten, öffentliche Auftritte extremistischer Gruppen, u.ä.) provoziert wurde.

Obwohl es zu Vorfällen in beiden Ländern kam, gelangte die ungarische Seite auf internationalen Foren leicht in die Rolle des Anklägers: Sie konnte darauf hinweisen, dass selbst in der Regierungskoalition eine Hass verbreitende Partei (SNS) vertreten sei, dagegen hätten ähnliche Bewegungen in Ungarn keinen Vertreter in der Regierung. Extremistische Kräfte in der Slowakei (die auch bisher existiert haben), erhielten wohl gerade infolge der Tatsache, dass die SNS nach längerer Abwesenheit in der hohen Politik „von den Toten“ auferstanden ist und nach den Juniwahlen Teil der Regierungskoalition wurde, neuen Aufwind.

Extremismus gab es hier, er hat nur ein neues Motiv

Die bisherigen Vorfälle hatten aber keine Symptome eines ausgereiften organisierten Charakters, an einigen nahmen Jugendliche teil. Es ist anzunehmen, dass es auch nicht um Erscheinungen größerer organisierter Bewegungen geht, sondern eher um Aktivitäten von „Bengeln“ (um den Ausdruck des Innenministers zu benutzen), die eigentlich das nationalistische Motiv benutzen, um ihr Bedürfnis nach einer aggressiven Äußerung zu verdecken. Solche Erscheinungen gab es in der Slowakei auch früher, mindestens eins bis zwei Jahre wird extremistischen Äußerungen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt (das Neue ist jetzt die ungarischfeindliche Ausrichtung). Zum Problem wurden jedoch der Zutritt der Organe der Staatsgewalt und die Auseinandersetzung der politischen Eliten mit extremistischen Erscheinungen.

Regierung verstand es als Versuch einer Diskreditierung

Auf die Säumigkeit der Regierung bei der Verurteilung extremistischer Aktivitäten reagierte der ungarische Premierminister Ferenc Gyurcsány mit einem direkten, an den slowakischen Premier Robert Fico gerichteten Aufruf. Es folgte eine Verbalschlacht zwischen den Regierungen. Premierminister Fico grenzte sich zwar gegenüber extremistischen Aktivitäten aus, im gleichen Atemzug bezichtigte er jedoch ungarische Politiker sowie die in der Slowakei tätige Partei der ungarischen Koalition (SMK), die Ereignisse für eine gezielte Diskreditierungskampagne gegen die Slowakei (bzw. gegen die Regierung) zu benutzen. Die Reaktion des Premiers und des Außenministers war ziemlich ungeschickt, unnötig gereizt und emotiv – sie trug zu noch mehr Spannung bei. Der Außenminister äußerte die Überzeugung, dass gegen die Slowakei eine Diskreditierungskampagne unter Teilnahme der SMK geführt wird.

ÜBERSICHT

GESELLSCHAFT

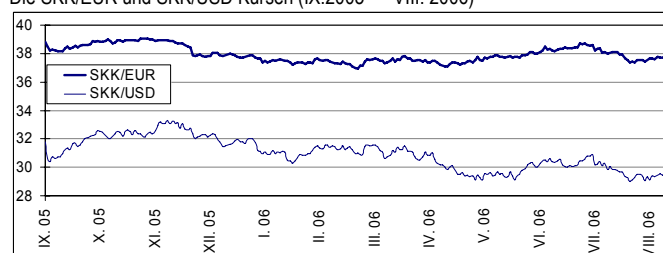
Politisches Hauptthema waren Spannungen zwischen der Slowakei und Ungarn.....1
Auf Regierung warten Streitigkeiten mit dem Sieger der Ausschreibung für Flugplatzprivatisierung.....2
Anzahl politischer Parteien erheblich gesunken.....2

WIRTSCHAFT

Inflationsrate Besorgnis erregend.....3
Einsparungen der Regierung ohne tiefere Überlegung.....3
Statistisches Amt kündigt sehr angenehme Zahlen an.....3
„Millionärssteuer“ nimmt abgeschwächte Gestalt an.....3
Regierung setzt auf Konfrontation mit dominanten Unternehmen.....4
Günstige Lohnentwicklung.....4
PSA Peugeot Citroen setzte auf schlankere Alternative seiner Strategie in der Slowakei.....4
Premierminister versichert, es mit der Euroübernahme 2009 ernst zu meinen.....4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (IX.2005 – VIII. 2006)



Quelle: NBS

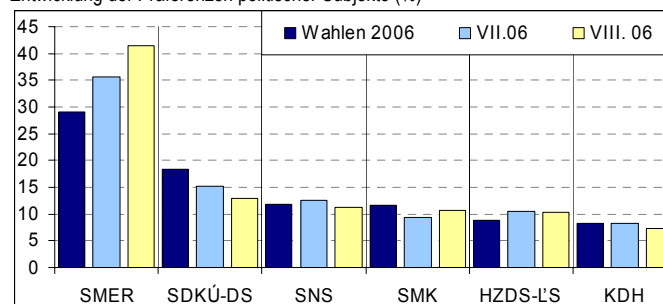
	2001	2002	2003	2004	2005	2006*
BIP-Wachstumstempo**	3,8	4,4	4,2	5,5	6,1	6,2*
Inflation (CPI)	7,1	3,3	8,5	7,5	2,7	3,8*
Arbeitslosigkeit***	19,2	18,5	17,4	18,1	16,2	14,4*
Ausland. Invest. (mill.USD)	1190	3965	870	800	1700*	1600*
SKK/USD	48,3	45,3	36,8	32,3	31,0	30,6*
SKK/EUR	43,3	42,7	41,5	40,0	38,6	38,8*

* die M.E.S.A.10 Vorhersage; **Die Daten revidiert nach ESA95

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikan der Slowakischen Republik

GESELLSCHAFT

Es entstand sehr rasch eine „Theorie“, dass dahinter all jene Gruppierungen stünden, die nicht bereit wären, die Wahlergebnisse und die Entstehung der jetzigen Regierungskoalition zu akzeptieren. Die slowakische Regierung verurteilte auch die Internationalisierung der Probleme (wieder mit der Begründung, es ginge um eine gezielte Kampagne, deren Beginn mit dem Antritt der neuen Regierung übereinstimmt). Die ungarische Seite sowie die SMK bemühten sich im Gegenteil, die Probleme auch in internationale Institutionen und Foren zu übertragen.

Eine andere Form des Anheizens von Spannungen war die unangebrachte Informationskampagne in Ungarn, die die Ereignisse in der Slowakei wesentlich aufbauschte. Das Außenministerium der SR übergab dem ungarischen Botschafter eine verbale Note, in der es die ablehnende Haltung der slowakischen Regierung gegenüber Erscheinungen des Extremismus betonte und Beunruhigung über die Reaktionen ungarischer Seite, einschließlich einer massiven negativen Medialisierung, bekundete.

Es steht außer Zweifel, dass die Serie national geprägter Vorfälle den ohnehin nicht guten Namen der Regierung von Robert Fico im Ausland schädigen wird. Die Position der Regierung beim Beurteilen der Vorfälle wird auch dadurch verschlechtert, dass SNS eine der Koalitionspartner ist, die mit Nationalismus in Verbindung gebracht wird. Die Slowakei ist wegen der Teilnahme der SNS an der Regierung unter scharfer Beobachtung, obwohl es auch früher zu Vorfällen kam. Diese Tatsache gab auch der Vorsitzende der weiteren Koalitionspartei LS-HZDS Vladimír Mečiar zu, der in Verbalattacken des SNS-Vorsitzenden ein Problem sieht. Mečiar, der mit Premier Fico angeblich von SNS-Chef Štálo wiederholt Zurückhaltung bei seinen Aussprüchen forderte, räumt ein, dass die Koalition wegen der Teilnahme der SNS in der Regierung unter längerfristigem außenpolitischen Druck stehen wird.

Politische Parteien verabschiedeten gemeinsame Erklärung

Die politischen Parteien nahmen eine gemeinsame Erklärung gegen Extremismus an, der Verabschiedungsprozess hatte jedoch seine Schönheitsfehler. Die Erklärung fand bei der stärksten Oppositionspartei SDKÚ-DS von Expremier Mikuláš Dzurinda keine Unterstützung. Die SDKÚ-DS vertritt die Meinung, dass keine Erklärung des Parlaments eine prinzipielle Haltung der hohen Vertreter des Staates ersetzen kann, dass die Erklärung des Parlaments eher kontraproduktiv sei und eine „Einladung für ausländische Beobachtungsgruppen wäre“. SDKÚ-DS beschuldigte vor allem die Slowakische nationale Partei (SNS), dieses Problem heraufbeschworen zu haben, das jetzt auf alle politischen Parteien übertragen werden solle. Außerdem zweifelte Mikuláš Dzurinda an der Notwendigkeit einer solchen Erklärung mit den Worten, dass wir „in der Slowakei alleine Ordnung zu machen imstande sind“. Diese Interpretation beruht auf einer

seltsamen Logik, dass wenn sich die Parlamentsparteien über eine gemeinsame Erklärung gegen Extremismus einigen, dies ein Zeichen von Schwäche sei und ein Beweis, dass wir „nicht imstande sind, allein Ordnung zu schaffen“. Die Haltung der SDKÚ-DS klingt zumindest nach außen hin schwer verständlich: Wenn sie auch in einigen Argumenten recht hat, so konnte sie für so eine Erklärung stimmen. Die Einigung über eine solche Erklärung ist doch eine bessere Alternative als keine Einigung und ihre Annahme würde wohl nichts kaputt machen. Es entstand eine kuriose Situation, in der alle Parteien, einschließlich der Problemsparteie SNS für die Erklärung, mit Ausnahme der SDKÚ stimmten.

Nachbarliche Kommunikation normalisiert sich

Zu aktuellen praktischen Schritten, welche von den Regierungsorganen als Reaktion auf die extremistischen Taten gesetzt wurden, gehört der Einsatz von Spezialeinheiten der Polizei im Fall eines Kontakts mit extremistischen Gruppen, die Errichtung eines „heißen Verbindungsdrahts“ zwischen der slowakischen und ungarischen Polizei (der zum Austausch notwendiger Informationen über Aktivitäten extremistischer Gruppen dienen würde) oder die angekündigte Stärkung einer selbstständigen Polizeibehörde für den Kampf gegen Extremismus. Der Vorsitzende der Partei der ungarischen Koalition (SMK) Béla Bugár würdigte die Arbeit der slowakischen Polizei, erwähnte aber den vagen Charakter von Gesetzen in der Slowakei und in Ungarn: In Ungarn geht es um ein zu nachsichtiges Verständnis der Meinungsfreiheit, in der Slowakei werden wiederum rassistisch oder ethnisch motivierte Attacken leicht in Taten mit weniger bestürzendem Motiv umqualifiziert.

Ursprünglich wurde auch eine gemeinsame slowakisch ungarische Erklärung vorbereitet, mit der die slowakische und ungarische Seite ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber Extremismus bestätigen würden. In den ersten Septembertagen kam es aber zur Aussöhnung der Beziehungen und die Außenminister beider Seiten kamen überein, statt gemeinsamer Erklärungen und Austausches diplomatischer Noten die gemeinsame Kommunikation, die Arbeit gemischter Gruppen zu stärken (das ermöglicht der sog. Grundvertrag zwischen der Slowakei und Ungarn aus dem Jahr 1995) und Möglichkeiten gemeinsamer Interpretation der Geschichte und andere Wege der Aussöhnung zu suchen.

Auf Regierung warten Streitigkeiten mit dem Sieger der Ausschreibung für Flugplatzprivatisierung

Premierminister Robert Fico sagte noch während seiner Oppositionszeit voraus, die

Regierung werde die laufende Privatisierung zweier internationaler Flughäfen in Bratislava und Košice aufheben. Diese Vorhersage wird jetzt zum Teil erfüllt.

Die Regierung hebt die Privatisierung des Flughafens in Bratislava auf. Sie stützt sich dabei auf die Tatsache, dass der Sieger der Ausschreibung, das Konsortium TwoOne, innerhalb der festgesetzten Frist keine Zustimmung des Kartellamtes der SR zum Erwerb des Flughafens Bratislava erhielt. Damit erfüllten sich die Argumente der Kritiker dieser Privatisierung, die eine Einschränkung des Wettbewerbs fürchteten, da auch Flughafen Wien Mitglied des siegreichen Konsortiums ist.

Die Regierung hebt jedoch die Privatisierung des Flughafens Košice nicht auf, da der Ausschreibungssieger die Privatisierungsbedingungen erfüllte (Erwerber ist dasselbe Konsortium TwoOne). Die Regierung verfügt somit über keinen Grund zum Rücktritt von der Privatisierung, obwohl sie offensichtlich diese nicht bejaht. Vertreter von TwoOne gaben an, sie wären bereit, den Kaufpreis für den Flughafen in Košice zu bezahlen, obwohl sie den lukrativeren Flughafen in Bratislava nicht erwerben. Sie rechnen aber mit einem Schiedsverfahren wegen dem Flughafen Bratislava, die Aufhebung der Transaktion wird wohl durch internationale Klagen gegen die slowakische Regierung angefochten werden.

Das Konsortium TwoOne, deren Mitglieder außer Flughafen Wien auch die Finanzgruppe Penta und die österreichische Raiffeisen Zentralbank sind, sollte für 66 Prozent der Aktien des Flughafens von Košice 630 Millionen Kronen und weitere 380 Millionen Sk als Kapitalinvestition zahlen. Der Flughafen von Košice hat eher Regionalcharakter und wird vor allem von Charterflügen für Urlauber genutzt. Im Vorjahr wurden etwa 270.000 Fluggäste abgefertigt. Während des ersten Halbjahres erhöhte sich die Anzahl der Passagiere zwischenjährig um über 30 Prozent.

Anzahl politischer Parteien erheblich gesunken

In der Slowakei sind 40 politische Parteien und Bewegungen tätig, obwohl im Vorjahr noch im Innenministerium 128 politische Subjekte eingetragen waren. Der radikale Rückgang der Parteienanzahl im vorigen Jahr wurde durch das neue Gesetz über politische Parteien und Bewegungen verursacht, laut dem alle politischen Subjekte dem Innenministerium bis zum 30. September 2005 eine vom statutarischen Vertreter unterzeichnete Erklärung über die Anschrift des Parteiensitzes sowie Informationen über das eigentliche statutarische Organ, was nur 42 von ihnen erfüllten. Die anderen, von denen die meisten keine Tätigkeit ausübten, befinden sich in Liquidation. Einige Parteien erloschen nach dem Fusionieren mit einer anderen Partei und eine wurde wegen extremistischer Äußerungen gelöscht. Es ist wahrscheinlich, dass nach dem

Boom politischer Parteien in der Vergangenheit die Anzahl politischer Subjekte in der SR weiter leicht sinken wird. Dazu führt auch die Politik der Parlamentsparteien, welche hohe politische Belohnungen für Wahlerfolge einander gewährten. Parteien, die über drei Prozent der Stimmen in

Parlamentswahlen erhalten, teilen sich über eine Milliarde Sk auf.

Das slowakische proportionale Wahlsystem inkliniert eher zu einer großen Anzahl kleiner Parteien als zu zwei Dominanten, wie zum Beispiel im angelsächsischen System. Die

überwiegende Mehrheit der Parteien auf der slowakischen politischen Szene sind bedeutungslose Gruppierungen, aus langfristiger Sicht wird es wohl 5-6 entscheidende Parteien geben, die anderen werden eine bedeutungslose Rolle am Szenenrand spielen.

WIRTSCHAFT

Inflationsrate Besorgnis erregend

Das zwischenjährige Preiswachstum im Juli erreichte 5% und war das schnellste seit Dezember 2004. Die Julibewegung des Preisspiegels ist außer vom teurer gewordenen Treibstoff auch vom Preisanstieg im Gesundheitswesen beeinflusst worden. Im Durchschnitt stiegen die Verbraucherpreise binnen sieben Monaten zwischenjährig insgesamt um 4,6%.

Diese Entwicklung bedeutet eine weitere Abwendung von den ursprünglichen Inflationszielen der NBS oder der im Konvergenzprogramm der SR festgelegten Werte und ruft weitere Fragezeichen über die künftige Erfüllung des Maastrichtkriteriums für die Inflation hervor (heuer muss die SR dieses glücklicherweise noch nicht erfüllen).

Die Nationalbank erwartet zurzeit, dass die Inflation am Jahresende ein Niveau von 3,9% haben sollte (dies überschreitet die ursprünglichen Inflationsziele fast um eineinhalb Prozentpunkte). Sogar das Bestreben um die Erfüllung der Erwartungen von 3,9% erscheint beim Blick auf die jetzige Inflation ambitioniert. Es ist daher auch mit einer weiteren Erhöhung der von der NBS festgelegten Zinssätze zu rechnen.

In den vergangenen Monaten konnten wir beim Prognostizieren mit einem Rückgang der Inflationsrate innerhalb der drei letzten Monate dank dem basischen Effekt rechnen: Die Vergleichsbasis aus dem Vorjahr erfährt ab Oktober eine erhebliche Steigerung, da es im Oktober 2005 zu einem Inflationsprung wegen der Energiesteuerung kam. Jetzt ist aber offensichtlich, dass dieser Effekt wegen des wahrscheinlichen Erdgaspreisanstiegs im Oktober dieses Jahres teilweise verloren geht. Auch wenn die Preisregulierungsbehörde den Vorschlag von SPP, den Erdgaspreis um 15% anzuheben, genehmigen würde, wäre dies nicht eine derartige Steigerung wie im Herbst des Vorjahres. Damals stiegen die Verbraucherpreise zwischenmonatlich um 1,1 Prozent. Die heurige Teuerung der Energien erhöht die zwischenmonatige Inflation nur um ca. 0,6%.

Die zwischenjährige Inflation steigt aber heuer nicht mehr an, sie wird eher auf 4-4,2 % zum Jahresende zurückgehen. Aufgetaucht sind jedoch Berichte über einen möglichen starken Anstieg des Strompreises in den kommenden zwei Jahren, und zwar wegen des Abstellens des Atomkraftwerkes Jaslovské Bohunice. Sollten die SE (Stromwerke) ihr Vorhaben, die Stromenergiepreise für Unternehmen um ein paar Dutzend Prozent anzuheben, verwirklichen, wäre dies ein ernstes Risiko für die Erfüllung der Kriterien für die Einführung des Euro.

Einsparungen der Regierung ohne tiefere Überlegung

Die Ministerien wurden angewiesen, in kurzer Zeit mitzuteilen, wo sie Ressourcen einsparen können. Die Regierung beschloss flächendeckende Einsparungen – d.h. Einsparungen, die alle Organe flächendeckend einbeziehen. Vorher erfolgte jedoch weder eine eingehende Analyse der Kostenintensität und Zweckmäßigkeit der Funktionen, welche diese Organe wahrnehmen sollen, noch eine Finanzierungsanalyse der Aufgabenprioritäten. Laut unseren Informationen gerieten die Ministerien plötzlich unter unerwarteten Druck und waren innerhalb der auf wenige Tage bemessenen Frist nicht imstande, ihre Möglichkeiten bei Einsparungen qualifiziert zu beurteilen.

Die Einsparungswelle erfolgte infolge des Regierungsbeschlusses, über 4 Mld. Sk im Staatsbudget zu binden. Diese gebundenen Ressourcen sollten für die „Erfüllung des Regierungsprogramms“, zum Beispiel für die Förderung des Verkehrs oder die Weihnachtsszulage für Rentner verwendet werden. Die Einsparungen werden alle Ressorts betreffen, einschließlich des Verteidigungsministeriums, wo sich die Slowakei durch ihre Mitgliedschaft in der NATO verpflichtet, das Ressort mit einem Betrag von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu finanzieren. Obwohl nicht einmal das ursprüngliche Budget diese Grenze nicht erreichte und das Ministerium noch dazu 880 Mil. Sk wird opfern müssen, sieht Verteidigungsminister František Kašík darin kein Problem (seiner Meinung nach erfüllten auch andere NATO-Mitglieder dieses Limit nicht. Premier Robert Fico versicherte dabei, dass die Einsparungen jene für die Regierung vom Gesetz einzuhaltenden Verpflichtungen oder Verpflichtungen, zu denen sich die Slowakei durch internationale Verträge verpflichtete, nicht betreffen würden.

Statistisches Amt kündigt sehr angenehme Zahlen an

Das Statistische Amt der SR veröffentlichte im August sog. rasche Schätzungen des BIP- und Beschäftigtenwachstums. Genauere Angaben werden im Laufe vom September veröffentlicht. Die vorläufigen Daten sind aber äußerst günstig. Im 2. Quartal 2006 wurde laut der raschen Schätzung ein Bruttoinlandsprodukt von 403,2 Mld. Sk geschaffen. Im

Vergleich zum 2. Quartal 2005 stieg dieses real um 6,6% (in laufenden Preisen um 10,3%). Die Gesamtbeschäftigung im selben Zeitraum erreichte 2 121,2 tausend Personen. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 2005 wuchs diese um 2,3%. Rasche Schätzungen des Bruttoinlandsproduktes und der Beschäftigung unterscheiden sich nicht zu sehr von den später präzisierten Angaben. Wir können also feststellen, dass die slowakische Wirtschaft eine äußerst hohe Wachstumsdynamik behielt, das BIP-Wachstumstempo legt sogar noch zu (2005 war dies 6,1%, im ersten Quartal 2006 6,3%). Von den EU-25 Ländern, aus denen vorläufige BIP-Angaben fürs zweite Quartal vorlagen, erreichte nur Litauen mit einem herausragenden Wert von 9,0% ein höheres BIP-Wachstum.

Günstige Daten langten auch aus dem Finanzministerium der SR ein. Auch der Staatshaushalt steht über die Erwartungen gut dar. Nach den ersten acht Monaten weist dieser ein Defizit von knappen 6 Milliarden aus, nur ein Zehntel des gesamten Jahresplans. Dem Staatsbudget ist am meisten die gut funktionierende Wirtschaft behilflich, die mit Rekordtempo wächst. Das Budget entwickelt sich günstig vor allem wegen der herausragenden Steuereinnahmen von Rechtspersonen und der MWSt. über den Schätzungen, eine Folge des starken Wirtschaftswachstums.

„Millionärssteuer“ nimmt abgeschwächte Gestalt an

Die Diskussion rund um die Form der sog. Millionärssteuer, deren Einführung vor allem von Premierminister und Vorsitzendem der Partei Smer Robert Fico durchgesetzt wird (die Koalitionspartner tolerieren die Initiative, aber ohne wesentliche Unterstützung), wird fortgesetzt. Die ursprüngliche radikale Absicht erfährt aber wohl Änderungen. Während die frühere Vorstellung die Einführung eines erhöhten Einkommenssteuersatzes natürlicher Personen bei jenen mit dem eine festgelegte Grenze überschreitenden Einkommen (der Premier schlug 50 000 Sk pro Monat vor) gewesen ist, so richten sich die jetzigen Aktivitäten des Finanzministeriums auf eine gemäßigte Form dieser Steuer: Es soll nicht mehr die Einführung eines besonderen Steuersatzes sein, sondern die Abschaffung eines Steuerfreibetrags bei Personen mit höheren Einkommen. Das Finanzministerium arbeitet bereits jetzt am Material, das statt der ursprünglich geplanten sog. Millionärssteuer die Streichung des Steuerfreibetrags für Personen mit hohen Einkommen vorsieht. Durch die Abschaffung der

Bevorzugung von Steuerzahlern mit höherem Verdienst würde das Ressort eine Milliarde Sk pro Jahr zusätzlich ins Budget gewinnen, also eine fiskalisch uninteressante Änderung.

Derzeit können alle Einkommenssteuerzahler – natürliche Personen ohne Rücksicht auf Einkommenshöhe jährlich bei der Steuerzahlung einen Freibetrag von etwa 90 000 Sk von dieser absetzen und von der somit gesenkten Steuergrundlage die Steuer zahlen. Gerade jene mit höheren Einkommen sollten um diesen Vorteil gebracht werden. Personen mit Bezügen bis 50 tausend Sk monatlich sollte diese Änderung nicht betreffen. Bei Personen mit Einkommen oberhalb dieses Betrags sollte der Steuerfreibetrag mit steigenden Bezügen allmählich sinken. Dadurch wird die Steuerbelastung übermäßiger Einkommen wachsen.

Die Bedeutung dieser Änderung ist schwer zu finden. Das Steuersystem wird komplizierter, das Prinzip der Einheitssteuer wird teilweise abgeschwächt – das alles für einen geringen Steuerertrag. Die seit 2004 gültige Einheitssteuer hat dabei zum Aufschwung der Wirtschaft geführt. Der einzige wesentliche Effekt ist auf politischer Ebene zu sehen: Der Premierminister wird seinen Wählern zeigen können, die „Reichen“ besteuert zu haben und zum höheren Maß an Solidarität beigetragen zu haben, einem wichtigen Teil seines politischen Programms.

Regierung setzt auf Konfrontation mit dominanten Unternehmen

Der Druck auf Unternehmen mit dominanter Stellung wächst. Die Regierung wählte einen Konfrontationston und die Unternehmen bekamen eine Art Ultimatum: Entweder kommen sie innerhalb weniger Wochen mit der Regierung über eine Einschränkung des Preisanstiegs überein oder die Regierung greift nach härteren Regulierungsmaßnahmen. Dadurch verfolgt die Regierung einerseits die Erfüllung ihres Wahlversprechens über das Ende des Energiepreiswachstums, gleichzeitig sollte diese Initiative auch zur Senkung der Inflationsrate und der Erfüllung des Inflationskriteriums für die Übernahme des Euro beitragen. Wirtschaftsminister Ľubomír Jahňák quantifizierte sein Ziel: Er möchte eine Energiepreissenkung um 5% erreichen. Eine Expertengruppe bereitet einen Entwurf vor, der einerseits sofortige Maßnahmen enthalten wird, die den Energiepreisanstieg ab Oktober dieses Jahres verhindern sollte, andererseits auch langfristig orientierte Schritte, die auf die Schaffung von Bedingungen für den Eintritt von anderen Gesellschaften auf den Energiemarkt der Slowakei abzielen. Dabei soll auch die Nutzung alternativer Energiequellen ermöglicht werden.

Günstige Lohnentwicklung

Der durchschnittliche monatliche Nominallohn des Angestellten in der Wirtschaft erreichte im zweiten Quartal dieses Jahres 18 324 Sk. Zwischenjährig wuchs sie damit um 8,8%. Der Reallohn stieg um 4%, das ist um 1,6 Prozentpunkte weniger Wachstum als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

In der Verlangsamung des Reallohnwachstums spiegelt sich die Diskrepanz zwischen der Bewegung des Nominallohns und der Inflationsrate wieder. Es scheint, dass das Wachstum des Nominallohns noch immer eher von der Inflation im Vorjahr und nicht im laufenden Jahr beeinflusst wird. Das Wachstumstempo des Nominallohns im Jahr 2005 ging aus der hohen Inflationsrate im Jahr 2004 hervor, obwohl die Inflationsrate 2005 besonders niedrig war: Das Resultat war ein starkes Wachstum des Reallohns (6,3%). Der Anstieg des Nominallohns im Jahr 2006 passte sich wiederum der niedrigen Inflation im Jahr 2005 an und der Anstieg der Nominallöhne begann sich zu verlangsamen. Beim Anstieg der Inflationsrate im Jahr 2006 bedeutet das jedoch, dass das Wachstum des Reallohnes schwächer (aber immer noch sehr günstig) ist. Der höchste durchschnittliche Monatslohn wird weiterhin von Angestellten in der Finanzvermittlung erreicht, und zwar 42 470 Sk. Den niedrigsten Lohn hatten Angestellte in der Landwirtschaft und dem Fischfang, 12 960 Sk, in der Hotellerie und Gastronomie, 13 112 Sk und in anderen gesellschaftlichen Dienstleistungen 13 570 Sk.

PSA Peugeot Citroen setzte auf schlankere Alternative seiner Strategie in der Slowakei

Das französische Automobilwerk PSA Peugeot Citroen gab seine Entscheidung bekannt, bei Trnava das ursprünglich vorgesehene weitere Werk nicht zu bauen. Der Grund ist die Einschränkung von Ausgaben. Die Gesellschaft gibt sich mit der Kapazitätserweiterung des jetzigen Betriebs, die ca. 300-tausend Fahrzeuge jährlich erreicht, zufrieden. Der Bau des neuen Werkes hätte 357 Millionen Euro kosten sollen. Der Automobilhersteller teilte mit, zur „Rationalisierung“ des Projektes in Trnava von der starken Konkurrenz am europäischen KFZ-Markt gezwungen worden zu sein. Statt des Baus des neuen Werkes werden technische Lösungen angewendet, die die Herstellung eines neuen Modells neben dem produzierten Peugeot 207 ermöglichen werden. Dadurch könnten Ausgaben für den Bau des neuen Gebäudes vermieden werden. PSA Peugeot Citroen erweitert die jetzigen Produktionsbänder und plant, ab 2010 weitere Arbeitsplätze zu schaffen.

Premierminister versichert, es mit der Euroübernahme 2009 ernst zu meinen

Der slowakische Premier Robert Fico versicherte die Europäische Kommission, dass die Slowakei die europäische Einheitswährung Euro 2009 übernehmen werde (also zum Termin, der von der früheren Regierung von Mikuláš Dzurinda festgesetzt wurde). Auf der Pressekonferenz nach dem Treffen mit dem Vorsitzenden der Europäischen Kommission Jose Manuel Barroso kritisierte Fico die Reformpolitik der vorangegangenen Regierung: Er erklärte, dass die Nebenwirkung der früheren Reformen 21% in Armut lebender Leute (die höchste Armenrate in der EU), eine 14-prozentige Arbeitslosigkeit, regionale Unterschiede und die niedrigsten Einkommen in der EU seien (diese Probleme gab es jedoch auch vor der Umsetzung der kritisierten Reformen). Er wiederholte eine seiner typischen Thesen, dass die „vorangegangenen Reformen für die Minderheit waren“. Auf die Frage, ob die neue slowakische Regierung den Wirtschaftskurs der früheren Regierung nicht stoppen würde, antwortete Fico, dass „sie Reformen machen und einführen werde aber nur dann, wenn sie für die Mehrheit von Vorteil sein würden“.

Die unlängst verabschiedete Regierungserklärung (RE) gab jedoch keine zufrieden stellende Antwort weder über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik noch über die Übernahme des Euro. Es ist offensichtlich, dass die RE von Ficos Regierung eher ein Instrument politischer Kommunikation des Premierministers mit seinen Wählern ist. Das grundsätzliche Dilemma der neuen Regierung – das Dilemma zwischen den populistischen Versprechungen und dem Bedürfnis, Wachstum und Stabilität der Wirtschaft zu erhalten, wird nicht klar beantwortet. Daher ist sie wohl mit Reserve zu betrachten. Sie sagt aber etwas über die Prinzipien, aus denen die Politik hervorgehen wird: Eine Mischung von Paternalismus, Selektivität, Überschätzung der Möglichkeiten der Regierung – das alles aus einer veralteten ressortbezogenen Sicht. Die stärkste Partei der Regierungskoalition nutzte nicht die Chance, in der RE ihre durch Populismus gekennzeichneten Wahlversprechungen zu korrigieren. Im Programm steht auch das Bekenntnis zu äußerst kontroversen Wahlversprechen, aber auch zur Erfüllung der Konvergenzkriterien für die Euroübernahme. Der Versuch der Umsetzung der RE kann die Belebung einiger alter Deformationen mit diesbezüglichen Kosten für die Gesellschaft bedeuten. Diese Befürchtungen wurden auch nicht nach gewagten Äußerungen des Premiers vor der Europäischen Kommission zerstreut.